

Aus dem Inhalt

Kirchen

Jahreslosung 2016 soll Christen
Orientierung geben 4

Gesellschaft

Integrationsbeauftragte gegen
Grundwertebekennnis
für Flüchtlinge 8

Debatte um Wiedereinführung
der Wehrpflicht 13

Soziales

Immer mehr Kinder leben im Heim
oder bei Pflegeeltern 26

Kultur

Der Rock-Rebell Lemmy Kilmister
von „Motörhead“ ist tot 31

Medien

„Reporter ohne Grenzen“: 110
Journalisten im Jahr 2015 getötet 35

Entwicklung

Ruander in Frankfurt zu
lebenslanger Haft verurteilt 37

Stimmabgabe trotz Gewalt und
Vertreibung in Zentralafrika 40

Impressum

45

Bedford-Strohm warnt vor neuem Nationalismus in Europa

EKD-Ratschef fordert AfD zur Distanzierung von Rechtsextremisten auf

Hannover (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, hat vor einem neuen Nationalismus in Europa gewarnt. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn, aber auch der Erfolg des Front National in Frankreich machten ihm Sorge, sagte Bedford-Strohm dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das „Friedensprojekt Europa“ sei wichtiger als je zuvor.

Bedford-Strohm erinnerte daran, dass Nationalismus Europa in den Untergang geführt habe. Nach zwei Weltkriegen sei die Erkenntnis gewachsen, dass nur Versöhnung allen Menschen in Europa diene. „Für diese historische Errungenschaft müssen wir werben“ sagte der bayerische Bischof. Er setze darauf, dass auch in den anderen Ländern Europas diese Friedensidee wieder gestärkt werde.

Der EKD-Ratsvorsitzende forderte die Partei „Alternative für Deutschland“ auf, sich von extremistischen Positionen zu distanzieren. „Mit rechtsradikalen Parolen, die eben auch aus Demonstrationen der AfD heraus geäußert werden, ist eine rote Linie überschritten“, sagte Bedford-Strohm.

Angesichts rechtsgerichteter Proteste wie bei den Kundgebungen der „Pegida“-Bewegung mahnte der EKD-Ratsvorsitzende zu Wachsamkeit. „Worte können als Gift in die Gesellschaft gestreut werden“, sagte der Theologe. Dies sei der Fall, wenn Politiker als „Volksverräter“ bezeichnet werden oder Journalisten als „Lügenpresse“. Demokratie lebe vom sachlichen Streit der Argumente und nicht von der emotionalen Aufladung mit Parolen. Über die Integration von Flüchtlingen oder soziale Gerechtigkeit müsse auf Grundlage der Werte des Grundgesetzes diskutiert werden.



Zuerst eine Bleibe

Wie Obdachlose ohne jede Vorbedingung eine Wohnung bekommen

Von Miriam Bunjes (epd)

Wien/Hamburg (epd). Momentan braucht Johannes Auer etwas mehr Hilfe als sonst. Die Behördenbriefe stressen den seit vielen Jahren obdachlosen Wiener: Ob Krankenkasse oder Sozialamt für ihn zahlen, ist unklar. Formulare, Fristen, Widersprüchliches: „Mir geht gleich die Pumpe, wenn ich in den Briefkasten sehe“, sagt der 51-Jährige, der eigentlich anders heißt und die Post am liebsten ignorieren würde. Das geht natürlich nicht. Aber: „Es ist schon besser, dass ich das nicht alleine machen muss.“

Wie viel Hilfe er sich holt, entscheidet Auer selbst. Ebenso wie alles, was seine Wohnung angeht. Wohlgermerkt seiner eigenen, für die nur er einen Mietvertrag und einen Schlüssel hat. Die Wohnungslosen-Organisation Neunerhaus hat ihm diese Wohnung nicht am Ende eines langen Hilfeweges vermittelt, sondern am Anfang. Sogar noch bevor er überhaupt angefangen hatte, mit einem Betreuer die Nachwirkungen seiner nach Scheidung und Arbeitslosigkeit begonnenen Lebenskrise anzugehen.

Bedingung für die Vermittlung der eigenen vier Wände war diese Betreuung aber nicht: Wohnen und Hilfe sind bei „Housing First“ (deutsch: „Wohnen Zuerst“) streng voneinander getrennt. Das Konzept des Wiener Pilotprojekts stammt aus den USA. 2012 hat die Organisation Neunerhaus daraus ein eigenes Modell entwickelt. „Das ist ein grundlegender Paradigmenwechsel in der europäischen Wohnungslosenhilfe“, sagt Markus Reiter, Geschäftsführer von Neunerhaus.

Eigentlich werde Hilfe für Wohnungslose nämlich anders herum aufgezogen - auch in Deutschland. So sollen Betroffene erst betreut ihre Probleme lösen, bevor sie als „wohnfähig“ in eigenen Wohnungen leben dürften, sagt Reiter. Das jedoch könne Jahre dauern und wirke auch als Disziplinierungsmittel: „Wer einen Fehler macht, riskiert gleich den Wohnplatz“, erklärt Reiter. Durch Druck und Fremdbestimmung würden Menschen aber nicht selbstständig.

Reiters Klienten wohnen in 81 Wohnungen überall in Wien verteilt. Viele kämen direkt von der Straße, ihre Vorgeschichte würden die Nachbarn nicht kennen. Bisher habe keiner der 158 Teilnehmer nur den Schlüssel und dann keine Hilfe vom Sozialarbeiter angenommen, erzählt Reiter. Nur einer habe die Wohnung verloren und den Kontakt abgebrochen. Alle anderen wohnten „stabil“, überwiesen die Miete und kämen auch gut mit den Nachbarn aus.

Inzwischen verzeichne der Pilotbericht eine Erfolgsquote von 98 Prozent. Die meisten der rund 10.000 Wiener Wohnungslosen könnten so sofort zu Wohnenden werden, schätzt Reiter. Aber: Wohnungen, für deren Miete Sozialhilfe reicht, sind

Soziales

Soziales

Mangelware. Zum Modell gehöre deshalb eine Wohnungsplattform - und harte Überzeugungsarbeit. Inzwischen gebe es 17 Partner aus der Wohnungswirtschaft.

Der Vorteil für den Sozialstaat ist klar: Er spart viel Geld. 80 „Housing-First“-Wohnungen kosteten den städtischen Fonds „Soziales Wien“ jährlich 700.000 Euro, sagt Abteilungsleiter Kurt Gutleder. Ein klassisches Wohnheim sei fast doppelt so teuer. „In einer Einrichtung wird halt rund um die Uhr betreut, bei 'Housing First' nach Bedarf - und das ist weniger.“

Darauf hofft auch die Stadt Hamburg, die mit einem Modellprojekt junge Erwachsene aus Jugendhilfe-Einrichtungen nach den Prinzipien des Wiener Konzepts unterbringen will: mit eigenem Mietvertrag und freiwilliger Betreuung.

Etwa 1.200 Volljährige lebten in Hamburg vor allem deshalb noch in einer Einrichtung, weil günstige Wohnungen fehlten, sagt Wolfgang Pritsching von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Würden nur 300 der jungen Erwachsenen „Housing First“ statt Jugendhilfe bekommen, könnte die Stadt 1,2 Millionen Euro sparen. Aktuell unterstütze das Hamburger Projekt bereits 50 Mieter.

Laut Johannes Auer funktioniert das Wiener Projekt: „Meine Wohnung verliere ich nicht mehr.“ Fast sechs Jahre lang hat er bei wechselnden Bekannten übernachtet. Nach Bandscheibenvorfällen wurde er arbeitslos und trank immer mehr: „Hätte ich so weiter gemacht, wäre ich nicht mehr.“

Das Konzept „Housing First“

Frankfurt a.M. (epd). „Housing First“, zu deutsch: „Wohnen Zuerst“, stammt aus den USA. Auch in Europa wird das Modell inzwischen diskutiert. In Ländern wie Dänemark oder Großbritannien, aber auch in Wien, wird das Konzept bereits mit unterschiedlich ausgearbeiteten Modellen angewendet. Auch in Hamburg wird seit 2014 mit dem „Housing First“-Ansatz gearbeitet.

Dabei bekommen wohnungslose Menschen ohne Vorbedingungen eine eigene Wohnung zur Verfügung gestellt. Sie müssen sich nicht wie in den üblichen Programmen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit schrittweise vom Nachtquartier über betreute Wohnheime für eine eigene Wohnung qualifizieren. Erst nachdem die Obdachlosen eine Wohnung haben, werden ihnen von sozialen Organisationen Betreuungs- und Hilfsangebote gemacht. Ob sie diese annehmen, bleibt ihnen selbst überlassen.

Wohnen und Betreuung sind beim „Housing First“ grundsätzlich getrennt: Den Mietvertrag schließen die Bewohner mit den Vermietern aus der Wohnungswirtschaft ab. Die Betreuung und Hilfe laufen dann über den „Housing-First“-Träger.

Soziales

Eine vergleichende EU-Studie der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) in Bremen von 2013 kommt zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit der Wohnungslosen - einschließlich der Menschen mit starker Suchtproblematik - mit „Housing First“ stabil im „gewöhnlichen Wohnumfeld“ leben kann. Auch andere „Housing First“-Studien zeigen, dass sich der Gesundheitszustand der Betreuten verbessert hat. Drogen- und Alkoholkonsum gingen zurück und die Bereitschaft für die Teilnahme an einer Therapie stieg.

In Hamburg ist 2013 mit „Hier wohnt Hamburgs Jugend“ das erste deutsche Projekt gestartet, das dieses Prinzip anwendet. Es richtet sich zunächst an junge Erwachsene, die aus Jugendhilfe-Einrichtungen ausziehen. Sie mieten selbst und werden in der eigenen Wohnung ohne Bedingungen betreut - nach Bedarf und freiwillig.

Weil günstiger Wohnraum in Hamburg knapp ist, sucht und schafft die Stadt diesen im Rahmen des Projekts. Zum Beispiel indem die Käufer von städtischen Liegenschaften verpflichtet werden, eine bestimmte Zahl von Wohnungen klein und günstig zu halten und darin „Housing First“-Mieter aufzunehmen. Aktuell entstehen in der Hansestadt 200 derartige Wohnungen. Zudem werden 50 Mieter im zum Konzept gehörenden und vom Europäischen Sozialfonds geförderten Projekt „Home Support - Unterstützung für Dein Zuhause“ betreut.

Dessen wichtigstes Anliegen seien der Wohnungserhalt und häufig auch die Mietfinanzierung, sagt Projektleiter Olaf Sobczak. „Wie teile ich mein Geld ein, wie zahle ich Schulden zurück, welche Hilfen kann ich wo beantragen?“ Die Mieter sollen selbst entscheiden, „haben aber jemanden an ihrer Seite“. Dass Sozialarbeiter weder an starre Hilfepläne, noch an die Abrechnung mit der kommunalen Jugendhilfe gebunden seien, ermögliche sehr individuelles Fallmanagement.

Nahles will Sozialhilfe-Anspruch von EU-Ausländern einschränken

Düsseldorf (epd). Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will den Sozialhilfe-Anspruch von EU-Ausländern durch ein Gesetz beschränken. „Wir müssen die Kommunen davor bewahren, unbegrenzt für mittellose EU-Ausländer sorgen zu müssen“, sagte Nahles der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Mittwochs Ausgabe). Damit reagierte die Arbeitsministerin auf ein Urteil des Bundessozialgerichts von Anfang Dezember, wonach die Kommunen EU-Ausländern nach einem „verfestigten Aufenthalt“ von mehr als sechs Monaten in Deutschland Sozialleistungen zahlen müssen.

Wie ein entsprechendes Gesetz genau aussehen müsse, könne sie erst sagen, wenn die vollständige Urteilsbegründung des Bundessozialgerichts vorliege, sagte

Weitzel. Die Idee sei, statt Geld für Feuerwerk auszugeben für Menschen in Not zu spenden. Das Glitzern am Nachthimmel sei von kurzer Dauer - die Freude, mit Menschen weltweit geteilt zu haben, währe viel länger.

Füllkrug-Weitzel wies Vorwürfe zurück, die Aktion gönne den Menschen keinen Spaß. »Wir denken nicht, dass es unserer Gesellschaft an Spaß oder Konsum fehlt. Eher, dass wir vor lauter Spaßorientierung verpassen könnten, was das Leben an Glück und Freude bereithält,, erklärte die Pfarrerin. Es bestehe die Gefahr, "dass wir vor lauter Konsum die natürlichen Lebensgrundlagen, die kommenden Generationen und die Armen ruinieren könnten.« Teilen mache dagegen Freude, es vermehre die Hoffnung und Chancen, fügte sie hinzu.

Die Aktion »Brot statt Böller,, gibt es seit mehr als 30 Jahren. Erstmals sammelte die evangelische Kirchengemeinde Bargtheide in Schleswig-Holstein 1981 unter diesem Motto Spenden zugunsten von "Brot für die Welt". Das Hilfswerk selbst wurde 1959 gegründet. Das Werk unterstützt Selbsthilfe- und Lobbyprojekte in mehr als 90 Ländern weltweit. Im Zentrum stehen die Überwindung von Hunger und Mangelernährung sowie die Wahrung der Menschenrechte.

Impressum

Herausgeber / Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann.
Amtsgericht Frankfurt am Main,
HRB 49081
USt-ID-Nr. DE 114 235 916
GEP-Verlagsleiter: Bert Wegener.
**Chefredakteur der
epd-Zentralredaktion:**
Dr. Thomas Schiller.

epd-Landesdienste: Nord
(Hamburg), Ost (Berlin),
Niedersachsen- Bremen (Hannover),
West (Düsseldorf), Mitte-West
(Speyer), Südwest (Stuttgart/
Karlsruhe), Bayern (München).

epd-Zentralredaktion
Nachrichtenchef: Karsten Frerichs
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);
Chef vom Dienst: Uwe Gepp
Agenturdesk Text: Renate
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,
Jürgen Prause, Elisa Makowski, Dr.
Matthias Klein; **Kirche u. Politik:**
Rainer Clos (Ltg.), Angela Götttsche,
Wiebke Rannenber, Barbara
Schneider; **Entwicklung u. Politik:**
Elvira Treffinger (Ltg.), Natalia
Matter, Dr. Silvia Vogt; **Sozialpolitik:**
Markus Jantzer (Ltg.), Dirk Baas;
Medien u. Kultur: Diemut Roether
(Ltg.), Michael Ridder, Michaela
Hütig. **Bundesbüro Berlin:** Bettina
Markmeyer, Corinna Buschow.

Verlag/Bestellservice:
Tel: 069-58098-0
Fax: 069-58098-226
E-Mail: kundenservice@epd.de
Redaktion:
Tel: 069-58098-333
Fax: 069-58098-122
E-Mail: nachrichten@epd.de.

Erscheinungsweise:
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)
Bezugspreis für die
epd-Zentralausgabe per E-Mail:
monatlich 55,45 €
Die epd-Zentralausgabe darf nur mit
Zustimmung des Verlags
weiterverwert, gedruckt, gesendet
oder elektronisch kopiert und
weiterverbreitet werden. Jede
Haftung für technische Mängel oder
Mängelfolgeschäden ist
ausgeschlossen.